

HAUSHALTSSATZUNG

=====

DER STADT R Ö D E R M A R K, KREIS OFFENBACH, FÜR DAS HAUSHALTSJAH R 2 0 2 6

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05. Februar 2026 (GVBl. 2026 Nr. 8) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	- 96.482.271 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	102.645.786 EUR
mit einem Saldo von	6.163.515 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	- 58.600 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	- 58.600 EUR

mit einem Fehlbedarf von	6.104.915 EUR
---------------------------------	----------------------

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 2.710.662 EUR
---	-----------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.001.556 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 6.178.976 EUR
mit einem Saldo von	- 3.177.420 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	3.693.976 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	- 3.872.383 EUR
mit einem Saldo von	-178.407 EUR

mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres	- 6.066.489 EUR
---	------------------------

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2026 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 3.334.976 EUR festgesetzt. Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds in Höhe von 500.000 EUR enthalten.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2026 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 3.850.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2026 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen wird auf 8 Mio. EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2026 gemäß der Hebesatzsatzung wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------------|
| 1. Grundsteuer, | |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 900 v.H. |
| b) für Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 1.327 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 400 v.H. |

Die Wiedergabe der Hebesätze in dieser Haushaltssatzung hat nur nachrichtlichen Charakter.

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung am beschlossene
Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am beschlossene Stellenplan 2026.

§ 8

Im Rahmen der Anwendung dieser Haushaltssatzung gelten als

- (1) erheblicher Fehlbetrag oder als wesentliche Erhöhung eines veranschlagten Fehlbedarfs im Sinne von § 98 Abs. 2 Nr. 1 HGO (Nachtragssatzung), wenn der entstehende Fehlbetrag oder die Erhöhung des veranschlagten Fehlbedarfs 10% der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigt.

- (2) erheblicher Fehlbetrag in Sinne von § 98 Abs. 2 Nr. 2 HGO (Nachtragssatzung) ein Fehlbetrag im Finanzhaushalt von mehr als 20 % der Summe der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit.
- (3) erheblicher Umfang im Sinne von § 98 Abs. 2 Nr. 3 HGO (Nachtragssatzung), wenn der Betrag der bisher nicht veranschlagten oder zusätzlichen Aufwendungen 10% der ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes oder 10% aller Auszahlungen des Finanzhaushaltes übersteigt.
- (4) unerhebliche Auszahlungen im Sinne von § 98 Abs. 3 Nr. 1 HGO (Nachtragssatzung), Auszahlungen von weniger als 10% aller Auszahlungen des Finanzhaushaltes.
- (5) als nach Umfang oder Bedeutung als erhebliche Aufwendungen und Auszahlungen, die eine vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nach § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO erforderlich machen
- Überplanmäßig: 2% des Volumens der ordentlichen Aufwendungen
 - Außerplanmäßig: 1% des Volumens der ordentlichen Aufwendungen
- (6) als erheblich in Sinne des § 12 GemHVO
- § 12 Abs. 1: Investitionen von mindestens 2,5 Mio. EUR
 - § 12 Abs. 3: Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungskosten von mindestens 0,5 % der ordentlichen Aufwendungen

Rödermark,

Der Magistrat
der Stadt Rödermark

Schülner, Erste Stadträtin